

Protokoll
der öffentlichen Sitzung (Nr. 16/23-27) des Beirates Neustadt
am Donnerstag, den 27.02.2025,

in der Mensa der Oberschule am Leibnizplatz, Schulstraße 24, von 19:00 bis 21:40 Uhr

Anwesend:

Ulrike Heuer	Janne Müller	Martina Tallgauer-Bolte
Lars Köke	Jens Oppermann	Marcus Tödtheide
Gabriele Mahro	Johannes Osterkamp	Renee Wagner
Anke Maurer (bis 21:26)	Britta Schmidt	
Marlin Meier	Udo Schmitz	

Fehlend: Christian Kok (e), Colin Nolte (e), Kai Stührenberg (e), Marcus Tödtheide (e), Vibke Martens (e), Azalea Rahman (e)

Referent:innen: Dr. med. Martin Langenbeck (Rotes Kreuz Krankenhaus Bremen gGmbH), Amer Sandawi (PUK Bremen Verwaltung GmbH), Wolfgang Weber (PUK Bremen Verwaltung GmbH), Jost Westphal (WESTPHAL ARCHITEKTEN BDA)

Gäste: Imke Freund Polizei Bremen), Alexander Sartoris (Polizei Bremen), Vertreter:innen der Presse und weitere interessierte Bürger:innen

Vorsitz: Uwe Martin

Protokoll: Viktoria Hochlan (beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

Abkürzungen: BM = Beiratsmitglied, BS = Beiratssprecher:in, BV = Beschlussvorschlag, FA = Fachausschuss, KLdW = Klinikum Links der Weser, MVZ = Medizinisches Versorgungszentrum, OA = Ortsamt, OAL = Ortsamtsleitung, TOP = Tagesordnungspunkt

TOP 1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt. (einstimmig)

Die Tagesordnung wird um den neuen TOP 9 „Haushaltsantrag zu Sozialraumläufer:innen für die Bremer Neustadt erweitert.“ (11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung)

Die Tagesordnung wird um den neuen TOP 13 „Neue Regelungen für ein begrenztes Silvesterfeuerwerk“ erweitert. (einstimmig, bei einer Enthaltung)

Die Tagesordnung wird, inklusive der beschlossenen Erweiterungen, genehmigt. (einstimmig, bei einer Enthaltung)

TOP 2. Genehmigung der Protokolle vom 30.01.2025 (Nr. 15/23-27)

Beschluss: Der vorliegende Protokollentwurf wird ohne Änderungen genehmigt. (einstimmig)

TOP 3. Aktuelle Stadtteilangelegenheiten

- Fr. Freund von der Polizei Bremen stellt sich und ihre gemeinsame Arbeit mit Hr. Kühnemund bei der Polizei kurz vor. Seit Januar würden sie beiden Kollegen das neue Führungsteam des Kontaktdienstes Süd darstellen. Sie freue sich über die neue Aufgabe. Sollten die Bürger:innen Anliegen haben, so könnten sie u.a. eine E-Mail an office@polizei.bremen.de senden und diese würde dann an die zuständigen Kolleg:innen weitergeleitet.
Von Seiten des Beirates wird betont, dass man sich auf eine gute Zusammenarbeit freue und herzlich willkommen.
- **Bürger:innenanträge, Fragen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten**
 - Ein Bürger verweist auf einen [Antrag der CDU-Fraktion bei der Bremischen Bürgerschaft](#) zur Einführung einer gelben Parkkarte in Bremen. Dabei handele es sich um eine Erleichterung für Menschen mit (vorübergehender) Mobilitätseinschränkung, die die Voraussetzungen für einen blauen Parkausweis nicht erfüllen würden. Er bitte den Beirat oder ggf. den FA Mobilität und Stadtentwicklung, diesen Antrag zu unterstützen.

Der BS teilt mit, dass es eine EU-Richtlinie zu dieser Thematik gebe, die aktuell umgesetzt werden müsse. Alleine deutschlandweit gebe es unterschiedliche Regelungen dazu. Dies müsse nun vereinheitlicht werden. Ziel sei, den Zugang zu einer Parkkarte zu erleichtern.

- **Berichte der Beiratssprecher**

- Der BS berichtet, dass die BM zahlreiche Gespräche mit den unterschiedlichen, beteiligten Behörden zur Situation der Drogenpolitik geführt hätten. Daraus seien die heute zu befassenden BV entstanden. Man sei weiterhin auf der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten für eine feste Drogenhilfeeinrichtung in der Neustadt. Immobilien Bremen sei nun ebenfalls an dem Prozess beteiligt. Außerdem hätten weitere Gespräche mit dem Innenressort stattgefunden, um das Konzept von Sozialraumläufer:innen auch für die Neustadt umsetzen zu können. Hier gehe es nun darum, die Finanzierung zu klären, damit diese schon zu Beginn der warmen Jahreszeit starten könnten. In der nächsten Beiratssitzung werde er erneut über den aktuellen Stand berichten.

- **Berichte des Amtes**

- ./.

TOP 4. Bericht aus dem Regionalausschuss Klinikum Links der Weser

Die Co-Sprecherin des Regionalausschusses KLdW berichtet von der vergangenen Sitzung am 12.12.24. Die Geschäftsführung der Gesundheit Nord und ein Vertreter der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz seien anwesend gewesen und hätten erzählt, dass das Klinikum Bremen Mitte durch die Zusammenlegung zu einem „High-Care“-Krankenhaus umgebaut werde, was zu einer weiteren Ausweitung der Nutzfläche des Klinikums führe. Mitte des Jahres könnten hierzu genaue Kosten benannt werden. Der Vorteil sei, dass in diesem Hause dann unterschiedliche medizinische Disziplinen eine optimale, vollumfassende Patientenversorgung gewährleisten könnten.

Beim KLdW sollten die Häuser 2, 3 und 13 erhalten bleiben. In Bezug auf das künftige MVZ gebe es derzeit bereits Praxen für Pränatal-Medizin, Radiologie, Hals-Nasen-Ohren und Augenheilkunde, die vor Ort bleiben und in das MVZ integriert werden sollten. Weitere Kassensitze für geplante Gynäkologie und Anästhesie seien ebenfalls bereits erworben worden. Die Ansiedlung der Pädiatrie sei noch nicht realisiert worden.

Sie formuliert einen Appell an die Gesundheit Nord, Kassensitze für eine hausärztliche Versorgung zu erwerben, da hier aktuell eine deutliche Unterversorgung bestehe.

Ein BM der FDP erkundigt sich danach, ob für die bereits erworbenen Kassensitze bereits Praxen bereitstünden. Außerdem wolle sie wissen, ob bekannt sei, wie viel Personal dem KLdW bereits wegen der Zusammenlegung abgewandert sei.

Die Co-Sprecherin des Regionalausschusses antwortet, dass bereits Arztpraxen hinter den erworbenen Kassensitzen stünden und bzgl. des abgewanderten Personals würden unterschiedliche Zahlen kursieren, es gebe hier keine offizielle Statistik.

Die OAL weist abschließend auf die kommenden Sitzungen des Regionalausschusses KLdW am 20.03.25 (zu Gast: Leitung Palliativstation KLDW und Vertreter: innen RKK) und 19.06.25 (zu Gast: Vertreter:innen Gesundheitsressort und Gesundheit Nord) hin.

TOP 5. Konzeptvorstellung Medizinisches Versorgungszentrum vom Rotes Kreuz Krankenhaus

Hr. Dr. Langenbeck hat zu diesem TOP eine [Präsentation](#) vorbereitet.

Die BM bedanken sich bei Hr. Dr. Langenbeck. Hr. Dr. Langenbeck beantwortet Nachfragen zur Präsentation umfänglich.

Zwei BM von B90/DIE GRÜNEN und BSW erkundigen sich nach einer Regelung für Betriebsurlaub, sowie einer möglichen hausärztlichen Versorgung von Pflegeheimen.

Hr. Dr. Langenbeck antwortet, dass es keinen Betriebsurlaub geben werde, um Patient:innen eine kontinuierliche Versorgung gewährleisten zu können. Die hausärztliche Versorgung von Pflegeheimen sei geplant. Gerade müssten die Kapazitäten ausgelotet werden, um dann ggf. die Praxis und auch die Versorgung ausweiten zu können. Aktuell wolle das MVZ eine Ärztin beschäftigen, die sich auf Geriatrie spezialisiert habe, die auch Pflegeheime besuchen werde.

Ein Mitglied von DIE LINKE fragt nach den geplanten Öffnungszeiten des MVZ.

Hr. Dr. Langenbeck gibt an, dass man sich bei den Öffnungszeiten an die Vorgaben der Kassenärztlichen Vereinigung gehalten habe, um diese Maß auch in Urlaubszeiten gewährleisten zu können. Darüber hinaus stünde die Terminvereinbarung auch weit außerhalb der Öffnungszeiten zur Verfügung.

TOP 6. Vorstellung umgedrehte Kommode

Hr. Westphal berichtet zu diesem Bauprojekt, veranschaulicht durch eine [Präsentation](#).

Alle BM bedanken sich bei Hr. Westphal und äußern den Wunsch, weiterhin über den aktuellen Sachstand informiert zu werden.

Ein BM von B90/DIE GRÜNEN erkundigt sich nach dem Baubeginn und der Fertigstellung des Projekts, den Planungen für Arbeitswelten, der Möglichkeit zur Anmietung von Flächen sowie nach der vorgesehenen Ausstattung mit einem Fahrstuhl.

Hr. Westphal erklärt, dass der Bauantrag im Mai gestellt werde und der Baubeginn für April 2026 geplant sei. Die Bauzeit werde voraussichtlich zwei Jahre betragen. Hinsichtlich der Arbeitswelten werde aktuell nach einem Mieter gesucht, für den die Räumlichkeiten geeignet seien, die Planungen befänden sich jedoch noch in einem frühen Stadium. Das Gebäude werde über ein innenliegendes Treppenhaus verfügen, das durch einen Aufzug ergänzt werde.

Zwei BM von DIE LINKE und DIE PARTEI thematisieren die zukünftige Nutzung des Gebäudes auch für die Öffentlichkeit, da es nun zur privaten Nutzung angedacht werde, mögliche städtebauliche Vereinbarungen wie Sozialwohnungen, das Verkehrskonzept, den Baumschutz sowie die Art der Wohnungsvermarktung. Zudem heben sie positiv hervor, dass im Außenbereich ein konsumfreier Zugang vorgesehen sei.

Hr. Westphal gibt an, dass das Gebäude nie öffentlich zugänglich gewesen sei, da es den Stadtwerken gehört habe. Durch die geplante Gastronomie im Erdgeschoss entstehe jedoch ein Zugang für die Öffentlichkeit, ergänzt durch einen niedrigschwelligen Zugang über den vorgesehenen Biergarten. Insgesamt seien 28 Wohnungen geplant. Sozialer Wohnungsbau sei aufgrund des Denkmalschutzes und der damit verbundenen Sozialgesetzgebung nicht möglich, weshalb eine zweigeschossige Bauweise für die Wohnungen gewählt worden sei. So sei auch der Bau von barrierefreien und rollstuhlgerechten Wohnungen möglich. Die Wohnungen würden als Eigentumswohnungen direkt vom jetzigen Eigentümer vermarktet.

Ein Mitglied der SPD-Fraktion fragt nach der Anzahl der rollstuhlgerechten Wohnungen sowie nach der Stellplatzsituation. Außerdem weist er auf ein Beteiligungsverfahren bei der geplanten Spielfläche hin.

Hr. Westphal antwortet, dass etwa vier Wohnungen speziell für Rollstuhlnutzung ausgelegt seien, während weitere barrierefreie Wohnungen geplant würden. Die Maisonettewohnungen könnten auf beiden Etagen mit dem Fahrstuhl erreicht werden. Hinsichtlich des Verkehrs müsse man mit der aktuellen Straßensituation zurechtkommen, da das Grundstück für die geplante Nutzung sehr klein sei. Die Stellplätze seien eher dezentral auf dem Grundstück angeordnet, insgesamt seien 42 Stellplätze vorgesehen. Für die Wohnungen müsse hier kein Stellplatznachweis erbracht werden. Zu der Spielfläche ergänzt Hr. Westphal, dass hier bereits ein enger Austausch mit der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration bestehe.

Ein Mitglied der Fraktion von DIE LINKE fragt nach der energetischen Versorgung des Gebäudes. Hr. Westphal erklärt, dass die Prüfung der Wärmeversorgung derzeit noch ergebnisoffen sei. Derzeit werde die Möglichkeit einer Photovoltaikanlage geprüft. Auch werde unter anderem ein Flusswasser-Wärmetauscher in Betracht gezogen. Hier müssten die bestehenden Rohre auf mögliche Betonverfüllungen aus den 60er-Jahren untersucht werden. Falls dies nicht möglich sei, werde auf eine klassische Wärmepumpe zurückgegriffen. Die Stromversorgung werde in enger Abstimmung mit dem Denkmalschutz geprüft.

Ein Bürger fragt, ergänzt durch ein BM von der FDP, nach dem Erhalt von Pappeln auf der Westseite, generell der Baumerhaltung, der Möglichkeit von Balkonen oder einer Dachterrasse, sowie dem Erhalt des Klinkers.

Hr. Westphal erklärt, dass die Pappeln nicht erhaltenswürdig seien, während alle von der Behörde als erhaltenswürdig eingestuften Bäume erhalten blieben. Eine Baumkartierung liege hierfür vor. Balkone seien nicht geplant, jedoch sei ein umlaufender, großflächiger, Kranz für die Wohnungseigentümer zugänglich. Der Klinker bleibe erhalten, werde jedoch aufgrund von Frostschäden und Alter teilweise saniert. Die Sanierung erfolge ökologisch, um den Charakter des Hauses zu wahren.

TOP 7. Beschlussfassung zu: Haushaltsantrag für dezentrale Drogenhilfeeinrichtungen / Integrierte Drogenhilfestrategie

Die beiden Beiratssprechenden haben hierzu einen [BV](#) vorbereitet.

Der BS erläutert, dass zuletzt zwei Termine mit dem Referat Sucht des Gesundheitsressorts stattgefunden hätten. Es würden diverse Immobilien geprüft für eine feste Drogenhilfeeinrichtung in der Neustadt. Mit der Integrierten Drogenhilfestrategie habe der Senat ebenfalls erkannt, dass auch finanzielle Mittel zur Umsetzung der Strategie bereitgestellt werden müssten. Aktuell würden die Haushaltsverhandlungen für den nächsten Doppelhaushalt 2026/2027 stattfinden, weshalb es an der Zeit sei, die entsprechenden Mittel einzufordern. Hierfür seien alle Ressorts dieses Bereiches gefordert.

Beschluss:

- 1. Der Beirat Neustadt fordert die vollständige Übernahme der vom Senat in seinem Beschluss im Dezember 2023 unter dem Titel „Eckpunkte der Integrierten Drogenhilfestrategie für die Stadt Bremen – hier Finanzierungsbedarfe prioritärer Maßnahmen“ formulierten Bedarfe und Perspektiven aus 2024 / 2025 in den Haushaltsplan für 2026 / 2027 zu übernehmen und fortzuschreiben.**
- 2. Der Beirat Neustadt fordert die unter anderem im Eckpunktepapier prognostizierten erforderlichen zusätzlichen ressortübergreifende Maßnahmen in den Haushaltsplan für 2026 / 2027 zu übernehmen.**
- 3. Die geforderten Konkretisierungen bei den erforderlichen investiven Bedarfen werden bei den in den Stadtteilen angestoßenen Prozessen auf der Suche nach Immobilien / Flächen für dezentrale Drogenhilfeeinrichtungen in Zusammenarbeit mit den beteiligten Behörden erarbeitet und müssen in den Haushaltsplan ebenfalls in angemessener Höhe eingeplant werden.**
(einstimmig)

Begründung: Bremen sieht sich ähnlich wie andere deutsche Großstädte mit einer sich stark verändernden Drogenszene konfrontiert. Das Problem zeigte sich zuerst vor allem in der Umgebung des Hauptbahnhofs. Die Verdrängung der Drogenszene aus dem Umfeld des Hauptbahnhofs hat allerdings zu einer unkontrollierten Verlagerung in die Stadtteile geführt, wo die Suchtkranken häufig ohne angemessene Unterstützung und Rückzugsorte weitgehend oder zumindest teilweise sich selbst überlassen sind. Die Situation in der Neustadt sowie weiteren Stadtteilen Bremens hat sich in den letzten 2 Jahren dramatisch zugespitzt. Der offene Drogenkonsum, insbesondere von Crack, hat ein Ausmaß erreicht, das die Lebensqualität der Bürger:innen massiv beeinträchtigt. Anwohner:innen berichten von zunehmender Angst und Unsicherheit, Kinder werden mit offenem Drogenkonsum konfrontiert, und der Einzelhandel leidet unter offensivem Betteln und den Folgen der Beschaffungskriminalität.

Die Beiräte in der Neustadt, Gröpelingen und Vegesack haben bisher in einem konstruktiven Dialog versucht, diesen Belastungen z.B. mit der Einrichtung von Szene-Treffs zu begegnen und für die suchtkranken Menschen Anlaufpunkte zu schaffen, an denen soziale Arbeit stattfinden kann.

Die Erfahrungen der letzten Monate haben allerdings gezeigt, dass die Konzentration der Drogenhilfe auf zentrale Standorte wie die Friedrich-Rauers-Straße und Behelfslösungen wie die Szene-Treffs nicht ausreichen, um die Probleme in den Stadtteilen zu lösen. Die Suchtkranken benötigen dezentrale Anlaufstellen, die ihnen niedrigschwellige Hilfsangebote und sichere Konsumräume bieten. Nur so können wir die negativen Auswirkungen des offenen Drogenkonsums in den Wohngebieten reduzieren und die Suchtkranken erreichen, die bisher durch das Netz der Hilfsangebote fallen. Die im Eckpunktepapier der Integrierten Drogenhilfestrategie des Senats vorgesehenen dezentralen Drogenhilfeeinrichtungen sind daher nicht nur wünschenswert, sondern inzwischen zwingend erforderlich, um die Situation in den Stadtteilen nachhaltig zu verbessern. Der Beirat fordert daher die Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel, um die geplanten Einrichtungen zeitnah zu realisieren. Die in den betroffenen Stadtteilen wohnenden Bürger:innen haben ein Recht auf Sicherheit und Lebensqualität in ihren Stadtteilen, und die Suchtkranken haben ein Recht auf Hilfe und Unterstützung.

Die Beiräte in der Neustadt, Gröpelingen und Vegesack haben sich bereits auf den Weg gemacht, um Flächen und Immobilien zur Einrichtung von Drogenhilfeeinrichtungen zu identifizieren. Damit geeignete Objekte auch angemietet und ausgebaut werden können, müssen die in den Eckpunkten der Integrierten Drogenhilfestrategie ausformulierten investiven Finanzmittel auch tatsächlich und unverzüglich dann, wenn sie benötigt werden, zur Verfügung gestellt werden. Insbesondere die Eckpunkte 1 und 2 der Strategie, die Maßnahmen mit Stadtteilbezug und Sozialraumorientierung sowie die Verlagerung des öffentlichen Konsums in Suchthilfeangebote vorsehen, erfordern eine umfassende Finanzierung. Das Eckpunktepapier benennt für die Weiterführung bzw. Anpassung bereits bestehender Hilfsangebote ein Gesamtvolumen von 8.414.000 Euro für die Stadtgemeinde sowie 1.390.000 Euro über Verrechnungen der Stadtgemeinde an den Haushalt des Landes für die Jahre 2024 und 2025.

Die prognostizierten Ausgaben für den ressortübergreifenden Aufbau neuer Maßnahmen und Einrichtungen sind weitere 13.896.000 Euro beruhend auf Schätzungen meist konsumtiver Kosten in der [Integrierten Drogenhilfestrategie genannt](#). Diese Finanzierungsbedarfe sind im Rahmen der weiteren Ausarbeitung der benannten Eckpunkte der Integrierten Drogenhilfestrategie weiter zu konkretisieren und sind erforderlich, um die drängenden Probleme in den Stadtteilen zu lösen und die Ziele der Drogenhilfestrategie zu erreichen.

TOP 8. Beschlussfassung zu: Antrag auf Erörterung der "Umsetzung der beschlossenen Drogenhilfestrategie" auf der nächsten Beirätekonferenz

Zu diesem TOP hat die Fraktion DIE LINKE einen [BV](#) eingereicht.

Ein BM von DIE LINKE erläutert ergänzend, dass die Umsetzung der Integrierten Drogenhilfestrategie nicht nur für die Neustadt von besonderer Bedeutung sei. So hätten schon die Beiräte Gröpelingen, östliche Vorstadt und Findorff entsprechende Beschlüsse gefasst. Daher habe DIE LINKE den Wunsch, dass die Neustadt sich anschließe und durch die Befassung in der Beirätekonferenz der Druck auf den Senat erhöht werde.

Beschluss: Der Beirat Neustadt beantragt gemäß § 4 Absatz 3 der Geschäftsordnung der Beirätekonferenz in Bremen, das Thema "Umsetzung der beschlossenen Drogenhilfestrategie" auf der nächsten Sitzung der Bremer Beirätekonferenz am 15. Mai 2025 zu behandeln. (einstimmig)

Begründung: Am 12. Dezember 2023 hat der Bremer Senat eine integrierte Drogenhilfestrategie beschlossen, um insbesondere der sich verstärkenden Crackszene und ihren Auswirkungen auf die Stadtgesellschaft entgegenzuwirken. Diese Strategie umfasst eine Vielzahl aufeinander abgestimmter Maßnahmen, die sowohl gesamtstädtisch - als auch auf Stadtteilebene wirken sollen. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Unterstützung der Stadtteile, da durch verstärkte Polizeieinsätze im Bereich des Bremer Hauptbahnhofs eine Verlagerung der Problematik in verschiedene Stadtteile erfolgt ist.

So kämpft die Neustadt seit 2022 mit der Ausbreitung der Drogenszene in den Stadtteil. Die Gefährdung des Lucie Flachmann Platzes mit seinen Umwelt-, Bildungs- und Klimaschutzprojekten konnte nur durch Verlegung des Containers an die Kehre am Hohentorspark verhindert werden. Trotz großem Einsatz von Innerer Mission, Polizei, Stadtreinigung, Ortsamt und Stadtteilbeirat ist auch diese Aufenthaltsmöglichkeit für die Drogenkranken grenzwertig und eine hohe Belastung der Nachbarschaft und des Parks nicht von der Hand zu weisen. Als eine von den in der „Integrierten Drogenhilfestrategie für notwendig erachteten Maßnahmen muss die von Anfang an nur als Übergangslösung gedachte Container-Unterbringung dringend durch angemessene stationäre Drogenhilfe-Einrichtung in der Neustadt abgelöst werden.

Angesichts der aktuellen Haushaltsnotlage stehen die im Senat beschlossenen Maßnahmen nun offenbar zur Disposition. Es besteht die Gefahr, dass aufgrund fehlender finanzieller Mittel die Umsetzung der Strategie nicht vollständig erfolgt oder einzelne Angebote gestrichen werden. Dies würde die Wirkung der Gesamtstrategie erheblich schwächen und dazu führen, dass bestehende Probleme nicht gelindert, sondern verschärft werden.

Die integrierte Drogenhilfestrategie ist ein notwendiger und richtiger Schritt zur Bewältigung der Herausforderungen, die durch die verstärkte Verbreitung von Crack sowie den aktuell den Markt überschwemmenden synthetischen Opiaten in Bremen entstanden sind. Ihre konsequente Umsetzung ist essenziell, um die Situation zu entspannen und nachhaltige Erfolge zu erzielen. Daher appellieren wir an den Senat und die zuständigen Stellen, sich zu den getroffenen Beschlüssen zu bekennen und die Umsetzung der Strategie vollumfänglich sicherzustellen. Aufgrund der stadtweiten Bedeutung des Themas sollte dieses Thema auf die Tagesordnung der nächsten Beirätekonferenz gesetzt werden.

TOP 9. Haushaltsantrag zu Sozialraumläufer:innen für die Bremer Neustadt

Die beiden Beiratsprechenden haben zu diesem TOP einen BV eingereicht.

Die Anlagen 1 und 2, Kostenkalkulation und Konzept zur Umsetzung der Sozialraumläufer:innen, des BV werden auf der Website des OA veröffentlicht und zum Bestandteil des gefassten Beschlusses.

Ein Mitglied der SPD-Fraktion erkundigt sich, ob es sich hier um einen Antrag für den aktuellen Haushalt und nicht für die Planung des nächsten Doppelhaushaltes handele. Dies wird vom BS bejaht.

Beschluss: Der Beirat Neustadt fordert die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration (SASJI), den Senator für Inneres und Sport (SIS) sowie die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz (SGFV) auf, entsprechend der vorliegenden [Kostenkalkulation](#) sowie des [Konzeptentwurfs](#) Gelder in Höhe von bis zu 94.000 € bereit zu stellen, um kurzfristig (im Zeitraum von April bis Oktober 2025) Sozialraumläufer:innen in der Bremer Neustadt einzusetzen.

Die einzusetzenden Teams eines Sicherheitsdienstes sollen für Außenstehende gut erkennbar sein. Ebenso sollen die Teams im Schichtdienst definierte Bereiche abdecken, an denen das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung beeinträchtigt ist, bzw. die Drogenszene sich konzentriert und hohe Beschwerdelagen von Bürger:innen festgestellt wurden. Zusätzlich sollen sie eine Schnittstelle zwischen Trägern der Sozialen Arbeit, der Polizei, des Ordnungsdienstes sowie von Bürger:innen darstellen und durch ihre Präsenz einen Beitrag zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls leisten. Sie sollen den Bürger:innen als Ansprechpartner:innen dienen und u.a. moderieren z.B. bei drohenden Konflikten. Insbesondere sollen sie zu Zeiten aktiv sein, in denen bestehende soziale Angebote bereits geschlossen und Sozialarbeiter:innen nicht im Dienst sind.

Der Beirat Neustadt hebt in diesem Zusammenhang deutlich hervor, dass die Arbeit der Sozialraumläufer:innen nur eine Ergänzung zu den bereits bestehenden Initiativen und Maßnahmen der Sozialen Arbeit, des Ordnungsdienstes und der Polizei darstellen kann. (einstimmig, bei einer Enthaltung)

Begründung: In der Bremer Neustadt löst die zunehmende Drogenproblematik (insbesondere rund um den Container am Hohentorspark) weiterhin viele Bürgerbeschwerden aus. Anwohnende beklagen die Zunahme von Beschaffungskriminalität in den umliegenden Wohnstraßen, den offenen Konsum außerhalb des Szenetreffs, sowie liegengelassenes, benutztes Drogenbesteck. Insgesamt wird ein stark eingeschränktes subjektives Sicherheitsgefühl beklagt. Auch Geschäftstreibende z.B. am Neustadtbahnhof, sowie auch am Delmemarkt und der Pappelstraße, beklagen Auswirkungen der Drogenszene.

Die zuletzt im Beschluss vom 30.01.2025 formulierten Forderungen des Beirates Neustadt zur Schaffung einer festen Einrichtung der Drogenhilfe in der Neustadt adressieren zwar die zugrundeliegende Problematik, jedoch zeigt sich, dass eine entsprechende Umsetzung in diesem Jahr nicht möglich ist. Ebenso ist festzustellen, dass beim derzeitigen Mitteleinsatz Ordnungsbehörden und Sozialarbeitende nicht über die notwendigen Kapazitäten verfügen, bei diversen Problemlagen präventiv vor Ort zu sein. Sozialraumläufer: innen könnten diese Versorgungslücke proaktiv füllen und im Bedarfsfall bei der Vermittlung von Hilfsangeboten und der Durchsetzung von Regeln unterstützen.

Zu betonen ist, dass es sich um eine kurzfristige und provisorische Leistung handeln soll, die nach dem Vorbild anderer Städte mit ähnlichen Problemlagen schnell Abhilfe leistet. Angesichts der massiven Probleme ist dies aus Sicht des Beirates zwingend erforderlich.

TOP 10. Beschlussfassung zu: neue Geschäftsordnung des Beirates Neustadt

Ein BM von B90/DIE GRÜNEN berichtet, dass es zur Überarbeitung der Geschäftsordnung des Beirates Neustadt eine Arbeitsgruppe gegeben habe, die mehrfach zusammengekommen sei, um die nun zu beschließende Fassung zu erarbeiten. Hierbei sei grundsätzlich festgelegt worden, wonach der Beirat ohnehin schon gehandelt habe. So bspw. die regelmäßige Behandlung der Bürgerbeteiligung unter TOP 3. Auch halte sie die Präambel mit der Selbstverpflichtung des Beirates zur geschlechtsneutralen Sprache für gelungen.

Der BS ergänzt, dass es sich bei der Selbstverpflichtung für alle im Beirat vertretenen Parteien um eine Empfehlung zur Nutzung von geschlechtsneutraler Sprache handele.

Beschluss: Der Beirat Neustadt beschließt für die laufende Wahlperiode 2023-2027 die Geschäftsordnung entsprechend des vorliegenden Entwurfs vom 10.02.25. (einstimmig)

TOP 11. Beschlussfassung zu: Einrichtung einer temporären Spielstraße in der Brinkumer Straße

Die SPD Fraktion hat zu diesem TOP einen [BV](#) vorgelegt.

Ein BM der SPD führt aus, dass der SpiellandschaftStadt e.V. bereits mit Anwohner:innen gesprochen und vom Amt für Straßen und Verkehr die Stellungnahme eingeholt habe, dass es behördenseitig keine Bedenken gegenüber der Einrichtung einer Spielstraße in der Brinkumer Straße gebe. Dann könne die Brinkumer Straße von April bis Oktober für einen Tag in der Woche gesperrt und zum Spielen oder allgemeinen Aufenthalt der Anwohner:innen genutzt werden.

Beschluss: Der Beirat unterstützt das Vorhaben der Anwohnenden der Brinkumer Straße, eine temporäre Spielstraße einzurichten. Das ASV wird gebeten, das Vorhaben schnellstmöglich umzusetzen. (einstimmig, bei einer Enthaltung)

Begründung: siehe Erläuterung der SPD

TOP 12. Beschlussfassung zu Globalmittelnträgen

- a) **Antrag: Kulturnetz e.V., Zuschuss für Personalkosten und Öffentlichkeitsarbeit zur Organisation des Bremer Zine Festivals vom 24.-26.10.25, Antragssumme: 4.200,00 € (Nr. 04/2025)**

Hr. Straube berichtet den BM kurz persönlich über das geplante Projekt.

Beschluss: Der Beirat Neustadt beschließt die Förderung für Personalkosten und Öffentlichkeitsarbeit zur Organisation des Bremer Zine Festivals vom 24.-26.10.25 aus Globalmitteln i.H.v. 4.200,00 €. (einstimmig, bei einer Enthaltung)

- b) **Antrag: Kulturbeutel e.V.- Verein zur Förderung kultureller Vielfalt, Zuschuss zur Veranstaltung „Kulturtag im IREGENDWO 2025“, Antragssumme: 4.806,79 € (Nr. 07/2025)**

Hr. Hevemeier erläutert kurz den Grund für die beantragte Förderung.

Beschluss: Der Beirat Neustadt beschließt dem Kulturbeutel e.V. - Verein zur Förderung kultureller Vielfalt für die Veranstaltung „Kulturtag im IREGENDWO 2025“ aus Globalmitteln eine Summe i.H.v. 4.806,79 € zur Verfügung zu stellen. (9 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 2 Enthaltungen)

c) Antrag: DRK Kreisverband Bremen e.V. zur Förderung des Osterferienprogramms 2025, Antragssumme: 1.148,25 € (Nr. 09/2025)

Fr. Bach des Freizis Neustadt berichtet über das geplante Osterferienprogramm.

Beschluss: Der Beirat Neustadt beschließt dem DRK Kreisverband Bremen e.V. aus Globalmitteln eine Summe i.H.v. 1.148,25 € für die Durchführung des Osterferienprogramms 2025 zur Verfügung zu stellen. (einstimmig)

TOP 13. Neue Regelungen für ein begrenztes Silvesterfeuerwerk

Die SPD-Fraktion hat hierzu einen BV eingereicht.

Ein Mitglied der SPD-Fraktion erläutert, dass es hier nicht um eine inhaltliche Debatte gehe, sondern die Behandlung auf der stadtbremischen Ebene forciert werde.

Beschluss: Der Beirat Neustadt unterstützt den Beirat Blumenthal dahingehend, dass das Thema „Neue Regelungen für ein begrenztes Silvesterfeuerwerk“ auf der Beirätekonzferenz behandelt wird. (einstimmig)

Begründung: siehe Erläuterung der SPD

TOP 14. Verschiedenes

Die OAL weist auf die Bremer Aufräumtage am 07. und 08. März 2025 hin. Das OA Neustadt/Woltmershausen sei am 07.03.25 in der Zeit von 10:00-13:00 als Ausgabestelle geöffnet. Dann könnten Bürger:innen sich dort Müllsäcke und Handschuhe abholen.

Johannes Osterkamp
Beiratssprecher

Uwe Martin
Sitzungsleitung

Viktoria Hochlan
Protokollführung